

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Gipfeltreffen EU - Japan**

Am 23. April 2008 fand das 17. Gipfeltreffen EU - Japan in Tokio statt. Teilnehmer waren Kommissionspräsident Barroso, der slowenische Ministerpräsident Jansa in seiner Eigenschaft als amtierender Präsident des Europäischen Rates, Außenkommissarin Ferrero-Waldner sowie der japanische Ministerpräsident Fukuda. Diesjährige Gesprächsthemen waren der Klimawandel, die Erreichung der VN-Millenniumsziele, die Doha-Runde der WTO-Verhandlungen, der Zustand der Weltwirtschaft nach der Finanz- und Bankenkrise, und regionale Themen wie der Nahe Osten, Afghanistan und die politische Repression in Myanmar.

Wirtschaftsbeziehungen

Die EU und Japan sind einander wichtige Handelspartner. Beide Volkswirtschaften produzieren zusammen 40% des weltweiten BSP. 2006 betrug das bilaterale Handelsvolumen 120 Mrd. €, eine Summe, die ca. 30% des gesamten Welt Handels entspricht. Bereits seit mehreren Jahren besteht ein Außenhandelsdefizit der EU gegenüber Japan, das gegenwärtig 32 Mrd. € beträgt. Bei den ausländischen Direktinvestitionen in Japan liegt die EU mit 7,6 Mrd. € (2005) an erster Stelle. Trotz dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung besteht eine Reihe von Streit- und Konfliktpunkten aufgrund protektionistischer Handelsbeschränkungen auf beiden Seiten. Um Handelsschranken weiter abzubauen, wurde 1994 der **Regulatory Reform Dialogue** (RRD) eingerichtet. Dort können beide Seiten Vorschläge unterbreiten, um diskriminierende Importvorschriften zu beseitigen. So finden vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehrsdienstleistungen sowie in der Telekommunikation noch zahlreiche heimische Unternehmen schützende Regelungen (beispielsweise wird der japanische Agrarsektor durch umfangreiche staatliche Maßnahmen vor dem globalen Wettbewerb geschützt). In einer aktuellen Studie der Welthandelsorganisation WTO werden insbesondere die überdurchschnittlich hohen Einfuhrzölle auf Reis, Bohnen und Molkereierzeugnisse sowie staatliche Subventionszahlungen an die japanische Landwirtschaft als Handelshemmnisse identifiziert.

Neben dem RRD gibt es den **Business Dialogue Round Table**, bei dem hochrangige Wirtschaftsvertreter aus Japan und der EU einmal pro Jahr zusammenkommen und konkrete Vorschläge für die politischen Entscheidungsträger

erarbeiten, welche Maßnahmen zu einer Verbesserung der gemeinsamen Handels- und Finanzbeziehungen beitragen könnten. In der letzten Sitzung des Business Dialogue im Juni 2007 in Berlin wurde vereinbart, eine Task Force einzurichten, die innerhalb eines Jahres einen Entwurf für ein „Economic Integration Agreement“ erarbeiten soll. Kernthemen eines solchen Abkommens sollen die Fortführung der Handelsliberalisierung, der Schutz des geistigen Eigentums sowie Verbesserungen bei den gegenseitigen Investitionsbedingungen sein.

Politische Beziehungen

Die politischen Beziehungen zwischen Japan und der EU gehen zurück auf das Jahr 1959, als der Botschafter Japans in Belgien zugleich Vertreter des Landes bei der Europäischen Gemeinschaft wurde. 1974 folgte die Eröffnung einer Delegation der Gemeinschaft in Tokio, im Jahr darauf die einer eigenen japanischen Mission bei der Gemeinschaft. 1978 wurden regelmäßige parlamentarische Kontakte zwischen dem japanischen Parlament und dem Europäischen Parlament (EP) vereinbart und 1983 halbjährliche Treffen auf Ministerebene. Im Mittelpunkt der damaligen Diskussionen standen Streitpunkte im bilateralen Handel. Eine engere politische Zusammenarbeit begann erst 1991 mit der **Gemeinsamen Erklärung**. Neben allgemeinen politischen Zielsetzungen, wie dem Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlichen Grundsätzen, enthält die Erklärung ein Bekenntnis zu den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft, zum multilateralen Handel im Rahmen des GATT-Abkommens und zum Abbau von Handelshemmnissen. Die Gemeinsame Erklärung legte zudem den institutionellen Rahmen für

politische Kontakte fest: jährliche Treffen auf der Ebene der EU-Troika und des japanischen Ministerpräsidenten, halbjährliche Zusammenkünfte auf der Ebene der Außenminister und den dafür zuständigen Kommissaren.

Aufbauend auf der Gemeinsamen Erklärung einigten sich die EU und Japan 2001 auf einen gemeinsamen **Aktionsplan**, in dem folgende vier Kernbereiche der politischen Zusammenarbeit definiert sind: „Frieden und Sicherheit“, „Globalisierung“, „Management globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen“ und „Interkultureller Dialog“.

Im Bereich der **Sicherheitspolitik** arbeiten Japan und die EU besonders bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Konfliktprävention eng zusammen. Sie bekräftigten darin ihr Engagement bei der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und appellierten an Nordkorea, die weitere Entwicklung des Atomwaffenprogramms zu beenden.

Die Zusammenarbeit bei der **Globalisierung** zielt vor allem auf die Intensivierung der gemeinsamen Handels- und Finanzbeziehungen. Konkret ist dabei vorgesehen, den bestehenden Regulatory Reform Dialogue fortzuführen und bilaterale Handelshemmnisse weiter zu reduzieren. Eine enge Zusammenarbeit ist darüber hinaus für den IT-Sektor geplant, um einerseits die Geschwindigkeit des weltweiten Datentransfers zu erhöhen, andererseits aber auch der stetig ansteigenden Internetkriminalität entgegenzuwirken. Die Globalisierung soll nach dem Bekenntnis im Aktionsplan „zum Wohle aller“ genutzt werden; weshalb die Zusammenarbeit insbesondere auf die Bekämpfung von Armut und die Unterstützung von Entwicklungshilfeprojekten ausgerichtet ist.

Beim Thema **Management globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen** sieht der Aktionsplan eine Kooperation beim Umweltschutz und bei der Energiesicherheit vor. Konkrete Maßnahmen hierbei sind zum einen die Verabschiedung und Überwachung der VN-Klimaschutzkonventionen sowie die Entwicklung eines Rahmenprogramms für die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Im Hinblick auf die Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehungen sollten zudem der **interkulturelle Dialog** gestärkt und vermehrt Austauschprogramme für Jugendliche angeboten werden.

Die Laufzeit des Aktionsplans ist auf 10 Jahre ausgelegt. Die Überprüfung der Erfolge bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele erfolgt jeweils auf den regelmäßigen Gipfeltreffen.

Beide Seiten betrachten einander als „strategische Partner“. Gleichwohl herrschen unterschiedliche politische Einschätzungen, wie etwa bei der Beurteilung einer möglichen Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China. Während einige EU-Mitgliedstaaten das Embargo aufheben wollen, wird dieser Vorschlag von Japan entschieden abgelehnt.

Bedeutsam ist neben der Kooperation auf Regierungs- und Wirtschaftsseite auch die interparlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem japanischen und dem Europäischen Parlament. Seit 1978 treffen sich jährlich Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Mitgliedern des japanischen Unterhauses.

Der 16. EU - Japan Gipfel 2007

Der vorletzte EU-Japan-Gipfel fand während der deutschen Ratspräsidentschaft im Vorfeld des damaligen G-8 Gipfel von Heiligendamm im Juni 2007 in Berlin statt. Unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Merkel vereinbarten beide Seiten eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Energiesicherheit und Klimaschutz. Konkret wurde beschlossen, bei der Erarbeitung eines Nachfolgeregimes des Kyoto-Protokolls gemeinsam die Vorreiterrolle einzunehmen und den CO₂ Ausstoß bis Mitte des Jahrhunderts um 50% zu reduzieren. Darüber hinaus wurden auch im sicherheitspolitischen Bereich Übereinkünfte erzielt: Die EU und Japan wiederholten ihre Forderung nach einem Ende des nordkoreanischen Atomprogramms. Zudem bekräftigte Japan die Forderung, das bestehende Waffenembargo der EU gegenüber China aufrechtzuerhalten. Außerdem wurden Vereinbarungen zum Patentschutz unterzeichnet.

Dr. Jörg Schneider, Matthias Ernst (Praktikant), Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de

Quellen:

- 17th Japan-EU Summit, Tokio, 23. April 2008, Joint Press Statement.
- Delegation of the European Commission to Japan, abrufbar unter: http://www.deljpn.ec.europa.eu/home/index_en.php (zuletzt aufgerufen am 9.5.2008).
- Eurostat: Außenhandelsdefizit der EU27 mit Japan bei 32 Milliarden Euro im Jahr 2006, Pressemitteilung vom 31. Mai 2007.
- Franco Algieri: Asienpolitik, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2007, Baden-Baden 2008, S. 247-253.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: An Action Plan for EU-Japan Cooperation, Brüssel 2001.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: The EU's relations with Japan, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/external_relations/japan/intro/index.htm (zuletzt aufgerufen am 9.5.2008).